

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Birgit Stöver, Prof. Dr. Götz Wiese,  
Dennis Thering, Silke Seif (CDU) und Fraktion**

### **Haushaltsplan-Entwurf 2021/2022**

#### **Einzelplan 3.2 Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke**

Aufgabenbereich 264 Steuerung und Service

Produktgruppe 246.03 Bau- und Investitionsplanung

**Betr.: Machbarkeitsstudie für einen Neubau der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg beauftragen**

Die Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg – Carl von Ossietzky (SUB) ist ein zentraler Forschungs- und Lernort für Hamburgs Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und den Wissenschaftsnachwuchs unserer Stadt. Ein überalterter, schlecht instandgehaltener Gebäudebestand (das „jüngste“ Gebäude ist 40 Jahre alt) und jahrelange strukturelle Unterfinanzierung haben die Bibliothek in eine schwierige Lage gebracht. Hinzu kommen die Anforderungen aus den Veränderungen des Informationsverhaltens durch die Digitalisierung. Ein Blick in den vorliegenden Haushaltsplan-Entwurf 2021/2022 zeigt jedoch, dass darin wenig Maßnahmen enthalten sind, die Einrichtung finanziell nachhaltig zu stabilisieren, und vor allem aber keine finanzielle Perspektive für eine zeitnahe, umfassende technische und organisatorische Aufrüstung der SUB für das digitale Zeitalter und seine ständig wachsenden Möglichkeiten.

Schon im Jahr 2019 schloss die SUB trotz gestiegener Erträge von insgesamt 22,7 Millionen auf 23,3 Millionen Euro infolge deutlich stärker gestiegener Aufwendungen mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -337.624 Euro ab. In der Folge war das Eigenkapital verbraucht und wurde negativ mit -221.324 Euro. Die Gründe für die Überschuldung der SUB liegen in der strukturellen Unterfinanzierung des Personalbereichs, steigender Kosten beim Erwerb von Medien, notwendigen Maßnahmen zur Digitalisierung des Angebots und der Serviceangebote sowie steigenden Kosten bei der Gebäudeinstandhaltung. Die zunehmende Nutzung elektronischer Medien senkt zudem die Gebühreneinnahmen und Erträge aus Leihfristüberschreitung, ohne dass die Mindererträge kompensiert worden seien. Insolvenz müsste die SUB trotz Überschuldung nicht anmelden, da sie ein unselbstständiger Teil der Verwaltung sei, als Einsparmaßnahmen kämen nur der Stopp von Nachbesetzungen, der Stopp der Übernahme von Azubis sowie der Verzicht auf den Erwerb neuer Medien infrage. Hinzu kommt, dass die Feuerkasse Hamburg das Gebäude nur als bedingt versicherungswürdig beurteilt habe. Auch die Feuerwehr, das Bezirksamt und der Versicherer haben Beanstandungen vorgelegt, sodass ein Brandschutzkonzept erstellt wurde und die Einrichtung nur öffnen darf, wenn vier Evakuierungshelfer anwesend sind. Auch die Umstellung auf ERP habe Mehrkosten bewirkt. Die Sanierung der IT-Infrastruktur wurde zudem mit 2,8 Millionen Euro beziffert. Zudem müssen dringend das Dach, die WC-Anlagen und die Publikumsbereiche saniert werden, wofür 5,5 Millionen Euro benötigt werden (vergleiche Drs.

22/2604). Die Schließungen infolge der Corona-Pandemie dürfte die Lage der SUB weiter verschlechtert haben.

Andererseits wird die Rolle der SUB immer wichtiger: sie koordiniert gerade im digitalen Bereich die Beschaffungsmaßnahmen aller Universitäten und Hochschulen und bietet eine extrem wichtige Infrastruktur für eine stetig steigende Zahl Studierender und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Hamburg. Gleichzeitig ist sie selbst damit herausgefordert, sich in weiten Teilen neu aufzustellen: die Digitalisierung verändert die Anforderungen an Bibliotheken, bietet viele neue Möglichkeiten und Chancen, zum Beispiel bei der Nutzung alter Manuskripte und Bücher. Dafür muss jedoch eine Infrastruktur geschaffen werden, mit der die technologischen Möglichkeiten nutzbar gemacht werden können. Auch den veränderten Nutzerverhalten muss Rechnung getragen werden. Hinzukommt die Notwendigkeit, die Rahmenbedingungen europarechtlichen Vorschriften und rechtlichen Nutzungsgrundlagen anpassen. Ein alter Gebäudekomplex mit massiven Brandschutzmängeln und einem gewaltigen Sanierungsstau scheint vor diesem Hintergrund wenig geeignet für eine zukunftsfähige Staats- und Universitätsbibliothek auf dem neuesten Stand der Technik. Ein neues Gebäude, das die zunehmenden digitalen Möglichkeiten im Bibliothekswesen bereits in der Planung berücksichtigt, wäre ein richtiger Schritt für den Wissenschafts- und Forschungsstandort Hamburg. Wir fordern daher eine Machbarkeitsstudie für einen Neubau der SUB. Gleichzeitig fordern wir den Senat auf, endlich einen Gesamtsanierungsplan für den alten Gebäudebestand, der aktuelle und zukünftige technologische Anforderungen an Bibliotheken berücksichtigt, fertigzustellen. Die Gegenüberstellung von Machbarkeitsstudie und Gesamtsanierungsplan mit Zukunftsperspektive wird eine Entscheidungsgrundlage für die nächsten Schritte liefern.

Hierfür müssen die entsprechenden Mittel im Haushaltsplan 2021/2022 der Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke eingeplant werden.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

Der Senat wird aufgefordert, eine Machbarkeitsstudie für einen Neubau der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg (SUBHH) zu beauftragen. Die Beauftragung der Machbarkeitsstudie bezüglich eines Neubaus der SUB wird aus dem Ansatz des Kontenbereichs „Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit“ der Produktgruppe 246.03 Bau- und Investitionsplanung im Jahr 2021 in Höhe bis zu 500.000 Euro finanziert.